Wohnst Du noch ...?

Zur Pathologisierung, Psychologisierung und Therapeutisierung von Wohnungslosigkeit

Seit der Wende zum 20. Jahrhundert hat sich die Auffassung durchgesetzt, die Lebensweise von Menschen, die in Armut und Wohnungslosigkeit leben, sei ursächlich bedingt durch eine als „Poriomanie“, „Fugue“ oder zu deutsch: „Wandertrieb“ bezeichnete und vermeintlich hirnnorganisch bedingte psychopathologische Persönlichkeitsstörung. Sie bewirke ursächlich u. a. die Wohn- und Mietunfähigkeit der Betroffenen, die ab 1938 meist als Nichtsesshafte bezeichnet wurden (Bayerischer Landesverband für Wanderdienst 1938), und ihr scheinbar bindingsloses Umherziehen. Diese Auffassung wurde in der einschlägigen Fachwelt bis in die 1960er Jahre nahezu einhellig vertreten. Nachdem in den 1970er und 1980er Jahren aufgrund der Ergebnisse mehrerer sozialwissenschaftlicher Studien gesellschaftliche Verursachungszusammenhänge für Wohnungslosigkeit stärker in den Vordergrund einschlägiger Fachdiskurse gerückt waren, feiert sie anscheinend seit gut 20 Jahren wieder neue Urstände.

Durch diese Studien ist das psychopathologische Verständnis von Nichtsesshaftigkeit seit den 1970er Jahren immer mehr in die Kritik geraten. Die Kritiken haben zweierlei bewirkt:

Erstens sind aus ihnen in den 1970er Jahren andere Erklärungsansätze von „Nichtsesshaftigkeit“ hervorgegangen, psychologische, die „Nichtsesshaftigkeit“ vereinfacht gesagt als eine Art erlernten Fehlverhaltens definieren (z. B. Wickert und Helmes 1983). Und zweitens soziologisch-interaktionistische Ansätze, die die Nichtsesshaftigkeit als „abweichende soziale Beziehung“ (Rothenberger 1977, S. 106) oder als „pathologische Interaktion“ (v. Keyserlingk 1978, S. 13) erklärten und die Ansicht vertraten, „Nichtseßhafte“ litten an einem „Mangel an interaktiver Kompetenz.“ (ebd.)¹.

Eckhard Rohrmann

Philipps-Universität Marburg, Marburg, Deutschland
*1956, Dr., seit 1995 Prof. im Schwerpunkt Sozial- und Rehabilitationspädagogik am Institut für Erziehungswissenschaft,
Philipps-Universität Marburg.
rohrmann@uni-marburg.de

Zusammenfassung Ende der 1980er, Anfang der 1990er Jahre kam es zu einer Abkehr von überkommenen Ansätzen, denen zufolge Nichtsesshaftigkeit eine den Betroffenen gewissermaßen innewohnende oder anhaftende Persönlichkeitsstörung sei. Auch das Hilfesystem wandelte sich, Holtmannspötter sprach von einem Paradigmenwechsel von der Nichtsesshaften zur Wohnungslosenhilfe. Seit etwa 20 Jahren jedoch scheint sich das überwunden geglaubte Problemverständnis wieder durchzusetzen und zuzuspitzen, mit entsprechenden Konsequenzen für das Hilfesystem.

Schlüsselwörter Ausgrenzung, Nichtsesshaftigkeit, Therapeutisierung, Wohnungslosigkeit

Beide Ansätze hielten an dem nach wie vor ontologisierenden Verständnis von Nichtsesshaftigkeit fest. Die eher sozialwissenschaftlich ausgerichteten Ansätze lenkten das Augenmerk vor allem auf Interaktionsprozesse sowie spezifische Unterversorgungstatbestände, für deren Überwindung stationäre Hilfen nicht nur nicht geeignet erscheinen, sondern geradezu kontraindiziert seien. Hilfen sollten möglichst niedrigschwellig vor Ort, dort wo die Betroffenen leben, angeboten werden und nicht an den Defiziten der Betroffenen ansetzen, sondern an den noch vorhandenen Ressourcen und Selbsthilfepotentialen (vgl. hierzu: Rohrmann 1987, S. 129 ff., 132 ff.).

Therapeutisierung der Nichtsesshaftenhilfe

Das psychologische Verständnis so genannter Nichtsesshaftigkeit hat dem gegenüber zunächst nicht zu einer grundlegenden strukturellen Kritik am überkommenen Hilfesystem und zur Schaffung von alternativen Angeboten geführt, sondern zu einer „Therapeutisierung“ der Hilfe unter Beibehaltung deren stationär geprägten Struktur. Aus manchen Arbeiterkolonien oder Herbergen wurden – dem Anspruch nach – sozialtherapeutische Einrichtungen.

Der Charakter dieses Wandels lässt sich deutlich an der seinerzeitigen Neuauflage des Verzeichnisses der damaligen Bundesarbeitsgemeinschaft für Nichtsesshaftenhilfe „Wo + Wie können nichtseßhafte Menschen Rat und Hilfe finden“ (BAG Nichtseßhaftenhilfe o.J.) im Jahr 1979 ablesen. Das bis 1979 gültige Verzeichnis gliederte sich in drei Kapitel: „Gesamtübersicht“, „Heime“ und „Arbeiterkolonien“. In der Gesamtübersicht wurde jede Übernachtungsmöglichkeit für „Nichtsesshafte“ aufgelistet. Die Einleitung zum Kapitel „Arbeiterkolo-

nien“ stellte klar: „Die Aufgenommenen sind verpflichtet, durch ihre Kräfte und Fähigkeiten angemessene Arbeitsleistung zu ihrem Lebensunterhalt bzw. zu den Heimkosten beizutragen. Dementsprechend erhalten die Arbeiterkolonien einen auf den Einzelfall abgestellten Pflegegeldzuschuß. Den ‚Kolonisten‘ wird zur Befriedigung ihrer persönlichen Bedürfnisse eine Leistungsprämie gewährt. Während des Koloniaufenthaltes besteht kein Arbeitsverhältnis im Sinne der RVO“ (a. a. O., S. 244 a). Auch in den anderen Einrichtungen bestand zumeist Arbeitspflicht.

Die Neuauflage², die 1979 unter dem Titel „Wo + Wie: Verzeichnis der ambulanten und stationären Einrichtungen der Nichtseßhaftenhilfe in der Bundesrepublik und Berlin (West)“ erschienenen war, vermittelt auf den ersten Blick den Eindruck, ein Verzeichnis völlig veränderter Einrichtungen zu sein. Nicht nur die Form hatte sich geändert:

- Statt eines gebundenen Buches erschien das Verzeichnis jetzt als Loseblattsammlung, für die in regelmäßigen Abständen Ergänzungsblätter geliefert werden.
- Auch die Gliederung wurde völlig überarbeitet: Es wurde nur noch unterschieden zwischen Beratungsstellen und stationären Einrichtungen. Die Beschreibung erfolgte jetzt unter den Stichworten „Aufnahmemöglichkeiten“ und „Hilfen und therapeutische Angebote“. Hier finden sich z. B. Eintragungen wie „Produktiv-Erlebnis, Rollenspiele, Einzelfallhilfe, TZI, CCT, Learning by doing, Teilnahmepflicht, Arbeits- und Beschäftigungsmöglichkeiten in eigener Werkstatt (40 Plätze)“ (a. a. O., Stichwort Minden, o.S.).
- Die Einrichtung „Heimstatt“ führte folgende Hilfen und therapeutische Angebote auf: „Arbeits- und Beschäftigungsmöglichkeiten in Heimwerkstatt, Garten, Land- und Forstwirtschaft (Pflicht)“ (a. a. O., Stichwort Freistatt, o.S.).
- Manche Versuche, der Arbeitspflicht auch einen gewissen therapeutischen Aspekt abzugewinnen, führten zu Eintragungen wie: „Arbeits- und Beschäftigungsmöglichkeiten in der Hauswirtschaft mit therapeutischem Charakter“ (a. a. O., Stichwort München, o.S.). So etwa charakterisierte das Agnes-Neuhaus-Heim in München, eine Einrichtung für „gefährdete Frauen“, die nunmehr therapeutisch angehauchte Arbeitspflicht.

Die Beispiele zeigen, dass sich Prinzipien und Strukturen der meisten Einrichtungen der Nichtseßhaftenhilfe trotz veränderter Begrifflichkeiten seinerzeit nicht wesentlich geändert hatten. Das, was neuerdings unter dem Begriff „Arbeitstherapie“ firmierte, entsprach der frü-

her inhaltlich zutreffender bezeichneten Arbeitspflicht. Die von den „Kolonisten“ geleistete Arbeit diente und dient bis heute zur Kostendeckung der Einrichtungen und nicht irgendwelchen erkennbaren therapeutischen Zielen oder der Verbesserung der individuellen Arbeitsmarktchancen.

Fragmentierungen und Bildung von Untergruppen

Einige Einrichtungen haben allerdings im Zuge dieser Entwicklung ihre Konzeptionen grundlegender verändert. Sie entwickelten sich zu Spezialeinrichtungen und begannen die „Nichtseßhaften“ zu differenzieren und spezialisierten sich auf bestimmte Untergruppen. Eine Untergruppe waren die „Nichtseßhaften“ mit Alkoholproblemen: „Aus der Erfahrung heraus, daß wir es mit einem recht unterschiedlichen Personenkreis zu tun haben (Motivation, Diagnose) sind wir zu der Einsicht gekommen, daß die Nichtseßhaftenhilfe allen ‚Nichtseßhaften‘ eine verantwortliche Hilfe leisten sollte, eine einzelne Einrichtung jedoch nur für einen bestimmten Personenkreis wirksame Hilfe leisten kann“ (Baumann et al. 1978, S. 16). So etwa begründeten die Mitarbeiter des Heimathofes Homborn ihr damals neues Konzept.

Die Einrichtung nahm fortan nur noch alkoholabhängige Nichtseßhafte, nicht jedoch nichtseßhafte Alkoholabhängige auf. Die wurden an Einrichtungen der Suchthilfe verwiesen. Das Entscheidungskriterium war gewissermaßen die Frage, was zuerst da war, die Henne oder das Ei, ohne auf das widersprüchliche Wechselverhältnis zwischen physischer und psychischer Verelenkung einzugehen. Oberstes Ziel der neuen Konzeption: „Der Heimathof setzt sich die Aufgabe, den Wunsch eines Mannes, seine nichtseßhafte Lebensführung und die damit verbundenen Verhaltensweisen aufzugeben, zu fördern, zu entwickeln und zu festigen und seine Überzeugung, daß dieses möglich ist, zu wecken und zu verstärken“ (a. a. O., S. 16). „Nichtseßhaftigkeit“ wurde hier psychologisch als eine Art unerwünschten Verhaltens verstanden und erschien durch eine entsprechende Therapie überwindbar. Das Alkoholproblem wurde dabei als ein weiteres Problem verstanden, das zu der „Nichtseßhaftigkeit“ gewissermaßen additiv hinzutritt.

Erkenntnisfalle

Einrichtungen der Nichtseßhaftenhilfe waren bis in die 1990er Jahre an deren vermeintliche Zielgruppe gerichtet, eben Nichtseßhafte. Egal, wie „Nichtseßhaftigkeit“ verstanden wurde, die Ansätze gingen alle unhinterfragt davon aus, „Nichtseßhafte“ seien eine mehr oder weniger homogene Gruppe von Menschen, die aufgrund bestimmter, ihnen innewohnender Merkmale das sind, für das sie gehalten wurden, nämlich nichtseß-

haft. Auf die Überwindung genau dieser vermeintlich typischen Merkmale zielten folglich die Hilfen der unterschiedlichen Institutionen der überkommenen Nichtsesshaftenhilfe.

1982 bezeichnete Heinrich Holtmannspötter (1982, S. 1) den auch schon zuvor problematisierten, letztlich aber als Arbeitsbegriff in der Regel beibehaltenen Nichtsesshaftenbegriff als „Erkenntnisfalle“. Als solcher nütze er nur dem Fortbestand insbesondere der stationären Nichtsesshaftenhilfe. Er forderte, den Begriff und das damit verbundene Problemverständnis aufzugeben. Es setzte sich in einschlägigen Fachdiskursen die sozialwissenschaftliche Auffassung durch, dass nicht eine den Betroffenen vermeintlich anhaftende „Nichtsesshaftigkeit“ deren Problem sei, sondern vielmehr eine Reihe konkreter sozialer Unterversorgungstatbestände.

Wohnungslose sind in extremer Form von sozialer Ausgrenzung aus elementaren Lebensbereichen, wie Wohnen, Arbeit, gesundheitliche Versorgung, sozialer Sicherung etc., betroffen. Daraus folgt, dass es nicht nur nicht hilfreich, sondern geradezu kontraindiziert ist, wenn die Hilfe für sie an die Bedingung geknüpft wird, die noch vorhandenen sozialen Bezüge und das bisherige kommunale Lebensumfeld zu verlassen und in das soziale Feld „stationäre Einrichtung“ überzuwechseln. Durch diese Exkommunalisierung wird ihre soziale Ausgrenzung nicht nur nicht überwunden, sondern verschärft und institutionalisiert.

Hinzu kommt die fortschreitende Hospitalisierung der Betroffenen, die möglicherweise noch vorhandenen individuellen Kompetenzen, in einer eigenen Wohnung zu leben und am sozialen Leben im Gemeinwesen teilzuhaben, mit der Dauer ihrer Unterbringung zusehends verlieren und stattdessen Fähigkeiten erwerben, die zum Leben und Überleben in stationären Kontexten hilfreich sind. Hilfe für Wohnungslose muss demgegenüber vor Ort als integraler Bestandteil kommunaler Infrastrukturen als ambulantes psychosoziales Beratungsangebot verankert werden und darauf hinwirken, drohende oder schon eingetretene soziale Ausgrenzungen und deren psychosozialen Folgen zu verhindern oder zu überwinden und die Betroffenen befähigen, Anschluss zu finden an diejenigen Lebensbereiche, aus denen sie ausgegrenzt sind.

Von der Nichtsesshaften- zur Wohnungslosenhilfe

Aber erst Ende der 1980er/Anfang der 1990er Jahre kam es aufgrund der skizzierten Einsichten zu einem entsprechenden Wandel im Problemverständnis und auch zu praktischen Veränderungen im Hilfesystem. Die Nichtsesshaftenhilfe entwickelte sich, jedenfalls zu Teilen, zu einer Wohnungslosenhilfe, die ihr Augenmerk

nicht mehr auf vermeintliche Eigenschaften der Betroffenen, sondern auf die Überwindung spezifischer gesellschaftlicher Unterversorgungstatbestände richtete, vor allem in den Bereichen Wohnen, Arbeit, Einkommen oder Gesundheitsversorgung.

Holtmannspötter, langjähriger und bis Mitte 2003 amtierender Geschäftsführer der in seiner Amtszeit von der BAG Nichtsesshaften- zur BAG Wohnungslosenhilfe umbenannten und inhaltlich neu ausgerichteten bundesweiten Dachorganisation der öffentlichen und freien Wohnungslosenhilfe, spricht von einem „Paradigmenwechsel von der Nichtsesshaftenhilfe zur Wohnungslosenhilfe“ (Holtmannspötter 2003, S. 86). Dabei sei u. a. das „Verhältnis zwischen Sozialarbeit und ihrer Klientel ... dadurch entscheidend geändert worden, dass die Wohnungslosenhilfe keine Rechtfertigung mehr liefert ..., warum mittellose Obdachlose von der normalen Sozialhilfe und Wohnungsversorgung, als solche und krank dazu auch noch von der normalen Gesundheitsversorgung ausgeschlossen sein sollten. Sie hat also keine gesellschaftliche Rechtfertigung der Armut und Ausgrenzung in einer individualisierenden Begründung der Wohnungslosigkeit gesucht und sich selbst nicht als spezielles Erziehungs- und Therapiesystem angeboten – und so auch nicht das ausgrenzende Verhalten der anderen Systeme gerechtfertigt“ (ebd.).

Auch Vertreter_innen stationärer Einrichtungen gelangten zu der sich seither verbreitenden Einsicht, dass „Nichtsesshaftigkeit“ wesentlich ein Artefakt vor allem der stationären Nichtsesshaftenhilfe ist. Die Folge war die allmähliche Deinstitutionalisierung mancher Einrichtungen, die vielleicht am konsequentesten in der 1882 gegründeten ältesten Arbeiterkolonie Wilhelmsdorf erfolgte (hierzu ausführlich: Scholz 2006, S. 152 ff.). Dort wurden 1999 die letzten stationären Plätze aufgelöst. Wilhelmsdorf hatte aufgehört, als Arbeiterkolonie zu existieren. Auch der bereits erwähnte Heimathof begann sich zu dezentralisieren und stärker dem Gemeinwesen zu öffnen, blieb allerdings spezialisiert auf Wohnungslose mit dem Wunsch, eine Suchtproblematik zu überwinden, wobei es zwischenzeitlich zu einer Öffnung zum einen auch für Frauen, zum anderen für Konsumenten auch illegaler Drogen gekommen ist.

Nicht alle Einrichtungen haben den Weg der Deinstitutionalisierung und der Orientierung auf die Überwindung von Unterversorgungstatbeständen derart konsequent beschritten. Zwar taucht der Nichtsesshaftenbegriff in den Konzeptionen der meisten Einrichtungen heute nicht mehr auf, die Praxis im Umgang mit den Betroffenen hingegen ist, so scheint es, zu großen Teilen von einem nach wie vor ontologisierenden Problemverständnis geprägt.

Renaissance des überkommenen Nichtsesshaftenverständnisses

Seit gut 20 Jahren gibt es eine Tendenz, nicht nur Wohnungslosigkeit wieder zu pathologisieren, sondern sie gleichzeitig mit weiteren, ebenfalls ontologisch verstandenen Kategorien des menschlichen Anders-Seins in Verbindung zu bringen. Dies hat im Hinblick auf Sucht, wie gezeigt, schon längere Tradition. Seit ca. 20 Jahren rücken zunehmend aber auch andere so genannte psychische Krankheiten in den Fokus. Beispielhaft lässt sich das in einer Edition von Nouvertné et al. (2002) zeigen. Dabei beginnt der Band zunächst durchaus vielversprechend. Holtmannspötter (2002) rekonstruiert darin zu Beginn die sozialen Konstruktionen von Obdachlosigkeit, Wohnungslosigkeit und Nichtsesshaftigkeit und trägt so zu deren Dekonstruktion bei. Leider greifen die weiteren Beiträge des Bandes diesen richtungsweisenden Ansatz nicht weiter auf, auch findet sich kein entsprechender Beitrag zur sozialen Konstruktion von psychischer Krankheit sowie von Sucht, vielmehr wird an mehreren Stellen konstatiert: „Im Bereich der Wohnungslosenhilfe finden wir eine relativ große Anzahl von Betroffenen mit der Doppeldiagnose ‚Psychose und Sucht‘“ (Wessel 2002, S. 76).

Selbstverständlich ist nicht zu leugnen, dass Menschen ohne Wohnung oftmals unter massiven persönlichen Problemen leiden, zu deren Überwindung sie dringend auf pädagogische, auch therapeutische Hilfe angewiesen sind. Doch statt die Dialektik zwischen physischer und psychischer Verelendung in den Blick zu nehmen, werden Wohnungslosigkeit, Psychose und Sucht lediglich additiv nebeneinander gestellt. Die Betroffenen erscheinen so als „Multiproblem“-Menschen“ (a. a. O., S. 79), die „den Behandlungsrahmen vieler Institutionen (sprengen) – die zeitgenössische Psychiatrie spricht hier von ‚Systemsprengern‘“ (a. a. O., S. 69). Soweit das Fehlen „einer Ausrichtung der Behandlungsangebote am Individuum – statt an diagnostischen Kriterien, Hausordnungen, Therapiegrundsätzen“ (a. a. O., S. 76) – beklagt wird, ist dem durchaus zuzustimmen. Welche Bedeutung die doppelte, bzw. dreifache diagnostische Zurichtung dann aber noch hat, bleibt rätselhaft.

Zu hinterfragen bleibt auch, warum z. B. bei gleichzeitigem Vorliegen der Diagnosen von Sucht einerseits und psychischen Krankheiten andererseits von einer Doppeldiagnose gesprochen wird, nicht aber dann, wenn es zur Kombination mehrerer anderer Diagnosen aus Kapitel V der ICD-10 kommt. Hier liegt der Hintergrund vermutlich in den unterschiedlichen Hilfesystemen mit ihren je spezifischen Traditionen und Konstruktionen. Während sich für die Behandlung von

Sucht ein Suchthilfesystem herausgebildet hat, das in der Regel Abstinenz von psychoreaktiven Substanzen zur Voraussetzung ihrer Intervention macht, reklamiert für die anderen psychischen Krankheiten die Psychiatrie ihre fachliche Zuständigkeit. Hier ist die Verabreichung psychoreaktiver Substanzen fast durchgängige Praxis.

Angesichts dieser Entwicklungen ist Holtmannspötter zuzustimmen, wenn er am Ende seiner Amtszeit als Geschäftsführer der BAG Wohnungslosenhilfe kritisiert, dass „in den letzten Jahren zunehmend die sog. ‚Tabus der Wohnungslosenhilfe‘ wie ‚Wohn- bzw. Mietunfähigkeit‘, ‚Sucht‘, ‚psychische Erkrankung‘ angesprochen (werden) als die ursächlich subjektiven Anteile an der Entstehung von besonderen Lebensverhältnissen, vor allem der Wohnungslosigkeit. Sie werden als Zeugen gegen eine falsch verstandene Wohnungslosenhilfe aufgerufen, die politisch und methodisch nur die Überwindung der wörtlich verstandenen Wohnungslosigkeit thematisiere und die sog. Defizite bei den Betroffenen verdränge. ... Denn die sog. ‚Tabus der Wohnungslosenhilfe‘ sind wieder die ‚Themen der alten Nichtsesshaftenhilfe‘ und es mag sein, dass diese gerade von denen als tabuisiert empfunden werden, die die mit ihnen vertretene Position einer ursächlich an der Person zu behandelnden Nichtsesshaftigkeit bzw. Wohnungslosigkeit nicht verlassen haben ... Dann wäre der Paradigmenwechsel von der Nichtsesshaftenhilfe zur Wohnungslosenhilfe, wie er seit den 70er Jahren angebahnt wurde, nicht nachvollzogen worden“ (Holtmannspötter 2003, S. 86).

1. Auf weitere zu dieser Zeit ebenfalls entstandene soziologisch ausgerichtete Arbeiten kann an dieser Stelle nicht eingegangen werden (vgl. Rohrmann 2011).

2. Seit 2018 steht das Verzeichnis als Online-Datenbank zur Verfügung: https://www.bagw.de/de/publikationen/wo_wie_online.html.

Funding. Open Access funding provided by Projekt DEAL.

Open Access. Dieser Artikel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden.

Die in diesem Artikel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach

gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.

Weitere Details zur Lizenz entnehmen Sie bitte der Lizenzinformation auf <http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>.

Literatur

BAG Nichtsesshaftenhilfe (o. J.). *Wo + Wie können nichtsesshafte Menschen Rat und Hilfe finden*. Bethel: Eigenverlag.

Baumann, A., Hedtfeld, K., Rüggeberg, H., Gresförder, K., Matschke, G., Schilling, K. W., Fürst, W., Obereiner, O., & Stahlschmidt, P. (1978). Von der Arbeiterkolonie zur sozialtherapeutischen Einrichtung. *Gefährdetenhilfe*, 20(2), 16–18.

Bayrischer Landesverband für Wanderdienst (Hrsg.). (1938). *Der nichtsesshafte Mensch*. München: Beck.

Holtmannspötter, H. (1982). Plädoyer zur Trennung von dem Begriff „Nichtsesshaftigkeit“. *Gefährdetenhilfe*, 24(4), 1–2.

Holtmannspötter, H. (2002). Von „Obdachlosen“, „Wohnungslosen“ und „Nichtsesshaften“. In Nouvertné, K., Wessel, T., & Zechert, C. (Hrsg.), *Obdachlos und psychisch krank* (S. 17–27). Bonn: Psychiatrie-Verlag.

Holtmannspötter, H. (2003). Entwicklung und Kontinuität der Wohnungslosenhilfe. Zum Selbstverständnis der Wohnungslosenhilfe. *Wohnungslos*, 45(2), 86–89.

v. Keyserlingk, A. (1978). Klient und Betreuer in der ambulanten Hilfe. *Gefährdetenhilfe*, 1, 12–15.

Nouvertné, K., Wessel, T., & Zechert, C. (Hrsg.). (2002). *Obdachlos und psychisch krank*. Bonn: Psychiatrie-Verlag.

Rohrmann, E. (1987). *Ohne Wohnung, ohne Arbeit – Wie Arme zu „Nichtsesshaften“ werden*. Heidelberg: Schindele.

Rohrmann, E. (2011). *Mythen und Realitäten des Anders-Seins. Gesellschaftliche Konstruktionen seit der frühen Neuzeit*. Wiesbaden: VS.

Rothenberger, B. (1977). *Über Identität, Moralität und Alltagsbewältigung*. Arbeitsmaterialien des Innovationsprojekts Nichtsesshaftenhilfe, Bd. 3.

Scholz, J. (2006). Die Entwicklung der Wohnungslosenhilfe in der Teilanstalt Eckardtsheim (ab 1970). In M. Benad & H. W. Schmuhl (Hrsg.), *Bethel-Eckardtsheim. Von der Gründung der ersten Arbeiterkolonie bis zur Auflösung als Teilanstalt (1882–2001)* (S. 141–159). Stuttgart: Kohlhammer.

Wessel, T. (2002). Im „Bermuda-Dreieck“ – Patienten zwischen Psychiatrie, Obdachlosenhilfe und Suchtkrankenhilfe. In Nouvertné, K., Wessel, T., & Zechert, C. (Hrsg.), *Obdachlos und psychisch krank* (S. 68–79). Bonn: Psychiatrie-Verlag.

Wickert, J., & Helmes, D. (1983). *Zur Persönlichkeit des Nichtsesshaften*. Forschungsbericht, Bd. III. Stuttgart: Eigenverlag.

Hier steht eine Anzeige.